



Herr Lutz Boede	entschuldigt
Herr Carsten Linke	nicht teilgenommen
Herr Lothar Wilhelm Wellmann	nicht teilgenommen

### **Sachkundige Einwohner**

Herr Wolfgang Dau	SPD	nicht teilgenommen
Herr Bernd Putz		entschuldigt
Herr Christian Schirrholtz	DIE LINKE	nicht teilgenommen
Herr Andre Tomczak	DIE aNDERE	nicht teilgenommen
Herr Rudi Wiggert	SPD	nicht teilgenommen

### **Gäste**

Herr Beck	FB 44
Herr Praetzel	FB 47
Herr Goetzmann	FB 46

Niederschrift:  
Frau Evler

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.03.2015 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung (teilweise vorbehaltlich  
der Überweisung aus der STVV)
  - 4.1 Kein Umbau der Zeppelinstraße zur Staufalle  
Vorlage: 15/SVV/0159  
Fraktion DIE LINKE  
KOUL, HA
  - 4.2 Bürgerbeteiligung bei den Planungen Zeppelinstraße  
Vorlage: 15/SVV/0164  
Fraktion SPD  
KOUL, HA
  - 4.3 Messkampagne zur Erforschung der Ursachen für die Luftverschmutzung in  
Potsdam  
Vorlage: 15/SVV/0225

- Fraktion CDU/ANW
- 4.4 Fußgängerquerung Plantagenstraße  
Vorlage: 15/SVV/0124  
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
- 4.5 Verkehrsregelung in der Siedlung Eigenheim  
Vorlage: 15/SVV/0129  
Fraktion DIE LINKE
- 4.6 Lärmschutz im gesamten Bereich der Reiherberg- sowie der Geiselbergstraße  
Vorlage: 15/SVV/0170  
Ortsvorsteher M. Krause, OBR Golm  
KOUL
- 4.7 Fuß- und Radweg Maulbeerallee  
Vorlage: 15/SVV/0211  
Fraktion DIE LINKE
- 4.8 Radwegverbindung Kuhforter und Werderscher Damm  
Vorlage: 15/SVV/0229  
Fraktionen SPD, CDU/ANW
- 4.9 Verstärkungskonzept RE Anbindung  
Vorlage: 15/SVV/0079  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
(Mitteilungsvorlage)
- 4.10 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier:  
Prioritätenfestlegung 2015-2016  
Vorlage: 15/SVV/0110  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Vorbereitende Untersuchungen gem. § 141 BauGB für das Gebiet  
"An der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Str. und Horstweg"  
- Zwischenbericht zum erreichten Stand der Untersuchungen  
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.2 Information der Verwaltung über das vorgesehene städtebauliche  
Gutachterverfahren zum Bebauungsplan Nr. 143 "Westliche Insel Neu  
Fahrland".  
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.3 BE zum Wiederaufstellen der Ringerkolonnade  
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

**zu 2      Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.03.2015 / Feststellung der  
öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 24.03.2015 liegt noch nicht zur Bestätigung vor.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung gibt es folgende Änderungsvorschläge:

Der Ausschussvorsitzende informiert darüber, dass zum Tagesordnungspunkt (TOP) 4.5 Verkehrsregelung in der Siedlung Eigenheim (DS 15/SVV/0129) ein Rederecht von Herrn Heinz Bangemann, Mitglied der Sicherheitspartnerschaft „Siedlung Eigenheim“, beantragt wurde.

Herr Goetzmann bittet darum, den TOP 5.3 BE zum Wiederaufstellen der Ringerkolonnade zurückzustellen, da es gegenüber der bisherigen Terminplanung zu Verzögerungen gekommen ist. In der übernächsten Sitzung kann dann voraussichtlich auch zur Ablaufplanung der Maßnahme berichtet werden. Widerspruch gegen diese Verschiebung erhebt sich nicht.

Frau Hüneke bittet darum die TOP 4.1 Kein Umbau der Zeppelinstraße zur Staufalle (DS 15/SVV/0159) und 4.2 Bürgerbeteiligung bei den Planungen Zeppelinstraße (DS 15/SVV/0164) zurückzustellen, um die derzeit noch anzufertigenden Simulationen abzuwarten und vorab zur Kenntnis nehmen zu können.

DIE LINKE, SPD, CDU und Bürgerbündnis erklären sich einverstanden, die Ergebnisse der Simulationen abzuwarten und die TOP 4.1 und 4.2 einschließlich der Änderungsanträge zurückzustellen.

Den Vorschlägen zur Änderung der Tagesordnung wird mit einem Votum von 7/0/0 zugestimmt.

**zu 3      Vorstellung von Bauvorhaben**

DIE LINKE bittet darum die laufende Nr. 4 aus der aktuellen Übersicht in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr öffentlich zu machen und dies an den Antragsteller heranzutragen.

**zu 4      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung (teilweise  
vorbehaltlich der Überweisung aus der STVV)**

**zu 4.1    Kein Umbau der Zeppelinstraße zur Staufalle**

**Vorlage: 15/SVV/0159**  
Fraktion DIE LINKE  
KOUL, HA

Zurück gestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.2 Bürgerbeteiligung bei den Planungen Zeppelinstraße**  
**Vorlage: 15/SVV/0164**  
Fraktion SPD  
KOUL, HA

Zurück gestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.3 Messkampagne zur Erforschung der Ursachen für die Luftverschmutzung in Potsdam**  
**Vorlage: 15/SVV/0225**  
Fraktion CDU/ANW

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Beck erläutert auf Nachfrage, dass die Messungen zur Luftverschmutzung in Potsdam an vier verschiedenen Standorten durchgeführt werden, in der Großbeerstraße und der Zeppelinstraße zur Messung der verkehrsbedingten Belastungsspitzen, am Bassinplatz sowie in Groß Glienicke zur Abbildung der Hintergrundbelastung. Weitere Messstellen sind aus seiner Sicht nicht erforderlich. Der Luftreinhalteplan der Landeshauptstadt befindet sich in der 2. Fortschreibung. Eine Beteiligung an den Kosten etwaiger weiterer Messungen durch die zuständigen Ministerien erfolgt nicht.

Verschiedene Ausschussmitglieder diskutieren über die Kosten, die Messmethoden und darüber, ob zur besseren Verifizierung nicht noch weitere Messungen durchgeführt werden sollten.

Herr Beck erläutert, dass es keine weiteren Messstellen gibt, aber Computersimulationen die Werte an anderen Stellen stadtweit ermitteln. Herr Kirsch erkundigt sich erneut nach den Kosten und bekommt durch Herrn Eichert bestätigt, dass im Zuge des angestrebten Prüfauftrags auch die Kosten ermittelt werden sollen.

Herr Klipp schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und zur nächsten Ausschusssitzung einen Vertreter des LUGV einzuladen, der die offenen Fragen beantwortet. Aus seiner Sicht erschließt es sich nicht, weitere Messstellen aufzumachen, da das Ministerium die Werte nach rechtlich vorgegebenen Kriterien ermittelt.

Herr Eichert widerspricht dem und möchte zur Ursachenforschung über den vorhandenen Bestand hinaus messen lassen.

Nach weiteren Diskussionen einigt man sich darauf, den Antrag um vier Wochen zurückzustellen und zur beschriebenen Thematik das LUGV sowie ggf. Vertreter des im Antrag benannten Projektes zu laden und anzuhören.

**Mit einem Votum von 7/0/0 empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr den Antrag um vier Wochen zurück zustellen.**

**zu 4.4 Fußgängerquerung Plantagenstraße**

**Vorlage: 15/SVV/0124**

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Frau Reimers bringt die Vorlage ein.

Herr Berlin ist der Meinung, dass es sinnvoll ist an der Plantagenstraße Maßnahmen zu ergreifen, ist allerdings auch der Auffassung, dass diese Straße keinen Schwerpunkt darstellt.

Herr Kirsch stellt einen Antrag auf Änderung in einen Prüfauftrag, da auf diese Weise nicht gleich Maßnahmen beschlossen werden, die vorab einer Prüfung unterzogen werden sollten.

Herr Praetzel merkt an, dass dieses Gebiet bereits ein verkehrsberuhigter Bereich ist, trotzdem kann eine Gehwegvorstreckung geprüft werden.

**Die geänderte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung :

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, ob und mit welchen** Maßnahmen die Fußgängerquerung der Plantagenstraße, Höhe Lessingstraße, verbessert **werden kann**. Der Stadtverordnetenversammlung ist **im September 2015** zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

**zu 4.5 Verkehrsregelung in der Siedlung Eigenheim**

**Vorlage: 15/SVV/0129**

Fraktion DIE LINKE

Herr Berlin bringt den Antrag ein.

Herrn Heinz Bangemann, Mitglied der Sicherheitspartnerschaft „Siedlung Eigenheim“ wird ein Rederecht eingeräumt, siehe Verständigung zur Tagesordnung.

Herr Bangemann erläutert, dass das Verkehrsaufkommen rund um die Schule immens zugenommen habe. Die Lehrerschaft als auch die volljährigen Schüler kämen mit dem eigenen PKW, die minderjährigen Schüler würden von ihren Eltern gebracht. Wenn dann noch Veranstaltungen seien, gäbe es keine

Möglichkeit für die Anwohner mehr selber zu parken, und auch Rettungsfahrzeugen werde das Durchkommen erschwert bzw. unmöglich gemacht. Herr Bangemann spricht sich dafür aus, Parken nur auf einer Straßenseite zu ermöglichen und den Kindern einen kleinen Fußweg zuzutrauen.

Herr Berlin bestätigt Herrn Bangemanns Erläuterungen und findet den Einwand legitim.

Herr Heuer merkt an, dass die Erläuterungen der Anwohnerseite entsprechen, sich ihm gegenüber betroffene Eltern und auch Lehrer jedoch sehr verwundert über den Antrag gezeigt hätten. Der Verkehrssicherheit der Kinder ist oberste Priorität einzuräumen.

Herr Heuer bittet darum den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Nach weiterer kurzer Diskussion wird sich darauf geeinigt, einen offenen Prüfauftrag zu empfehlen und den dritten Unterpunkt zu streichen, da dieser in das Recht der Selbstorganisation der Schule eingreift.

Der Antrag wird in geänderter Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung :

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie sich die Verkehrssituation in der Siedlung Eigenheim in Folge der zunehmenden Nutzung des Schulkomplexes so entflechten lässt, dass sie den Interessen der Anwohner und der Schulbesucher besser gerecht wird.**

**Beispielsweise ist zu prüfen, ob** in der Straße „Ravensbergweg“ zwischen dem Abschnitt „Heidereiterweg“ (Spielplatz) und der Straße „Am Wald“ ein Parkverbot erlassen **werden könnte oder ob** in der Straße „Vogelsang“ ein einseitiges Parkverbot festzulegen **wäre.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

**zu 4.6 Lärmschutz im gesamten Bereich der Reiherberg- sowie der Geiselbergstraße**

**Vorlage: 15/SVV/0170**

Ortsvorsteher M. Krause, OBR Golm  
KOUL

Herr Krause bringt den Antrag ein.

Er erläutert, dass es in der Reiherbergstraße einen dringenden Handlungsbedarf gebe, die Fahrbahn zu sanieren und die Geschwindigkeit auf 30 km/h herabzusetzen. Es gibt keine Gehwege, der gesamte Verkehr wird über eine Fahrbahn gelenkt. Diese Situation ist vor allem für Fahrradfahrer unzureichend,

es muss Abhilfe geschaffen werden.

Herr Jäkel fragt, ob eine Fahrbahnsanierung durch die Anlieger zu tragen wäre. Herr Praetzel bestätigt das. Ferner erkundigt sich Herr Jäkel, ob nicht eine Prüfung veranlasst werden sollte, die Geschwindigkeiten nur für den Schwerverkehr herabzusetzen.

Herr Praetzel erläutert, dass ein Herabsetzen der Geschwindigkeit vor allem von den Schutzerfordernissen beim Verkehrslärm abhängt und ein diesbezüglicher Prüfauftrag gerne entgegen genommen werden kann.

Nach weiterer Diskussion wird entschieden, den Beschlussvorschlag in einen Prüfauftrag abzuändern, da der Haushalt der Stadt eine flächenhafte Instandsetzung der Fahrbahn zu decken derzeit nicht in der Lage ist. Herr Krause merkt an, dass der Ortsteil über seine Deckungsreserven durchaus in der Lage sei, eine Fahrbahnsanierung zu finanzieren.

Die Vorlage wird in geänderter Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zur Beschlussfassung :

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. entsprechend des Lärmaktionsplanes der Landeshauptstadt Potsdam zum Schutz der Anwohner vor Emissionen bis Ende des III. Quartales 2015 eine **zügige** Fahrbahnsanierung der Reiherbergstraße **in enger Abstimmung mit dem Ortsbeirat zu prüfen.**
2. **Ferner sind** die Einführung einer Tempo 30 Zone (Zeichen 274.1 und 274.2) in der Reiherbergstraße und Geiselbergstraße sowie weitere geeignete Maßnahmen zum Lärmschutz und zur Verkehrssicherheit **zu prüfen.**

**Das** Prüfergebnis ist dem Ausschuss **für** Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie dem Ortsbeirat Golm im **September** 2015 vorzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**zu 4.7 Fuß- und Radweg Maulbeerallee**  
**Vorlage: 15/SVV/0211**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Herr Goetzmann stellt den Querbezug zum derzeit in Aufstellung befindlichen Radverkehrskonzept dar. Seiner Meinung nach wäre dieser Beschluss eine Vorwegnahme der Abwägungen und Entscheidungen, die in diesem Konzept getroffen werden sollen. Im Mai findet die öffentliche Auslegung des Konzeptes statt, in diesem Rahmen sollte der Vorschlag eingebracht werden.

Herr Heuer spricht sich dafür aus, den Beschluss des Antrags und die öffentliche Auslegung parallel laufen zu lassen.

Herr Praetzel merkt an, dass es sich bei diesem Weg nicht um eine öffentlich gewidmete Verkehrsfläche handelt, mithin ein grundlegender Ausbau erforderlich sei.

Herr Klipp ebenfalls ist der Meinung, dass der Antrag eine Prüfung vorwegnimmt und die laufende Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes nicht beachtet. Eine Erneuerung des Fuß- und Radweges ist aus seiner Sicht nur unter Beachtung der gesamtstädtischen Prioritäten möglich.

Auch Frau Reimers erschließt sich der über diesen Antrag aufgemachte Druck nicht. Gleichwohl unterstützt sie das Anliegen, Wege an solchen Stellen anzubieten, an denen durch Trampelpfade Wegebeziehungen als echter Bedarf erkennbar wurden.

Frau Hüneke schlägt vor, den Beschluss in einen Prüfauftrag abzuändern. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Der Antrag wird in geänderter Fassung zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Wegesituation für Fußgänger und Radfahrer im westlichen Teil der Maulbeerallee verbessert werden kann und wie eine entsprechende Maßnahme in den Katalog des Radverkehrskonzeptes der Landeshauptstadt mit eingeordnet werden kann.**

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung **im September 2015** ein Vorschlag **zu unterbreiten**.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

**zu 4.8 Radwegverbindung Kuhforter und Werderscher Damm**

**Vorlage: 15/SVV/0229**

Fraktionen SPD, CDU/ANW

Herr Krause bringt den Antrag ein.

Er erläutert, dass der neue Radweg zwischen den Hochschulstandorten seine volle Wirkung entfaltet. In der Henning-von-Treskow-Kaserne gibt es ein großes Arbeitskräfte- und damit Fahrradfahrerpotential. Eine Radwegeverbindung sei wichtig, auch vor dem Hintergrund eines Ringschlusses in Richtung Radweg Geltow.

Herr Goetzmann bestätigt, dass entsprechende Planungen für den Kuhforter Damm vorliegen und die Fortführung zur Kaserne auch in der derzeitigen Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes in zwei verschiedenen Varianten

enthalten ist. Die Problematik liegt seiner Meinung nach darin, dass die beitragspflichtigen Anlieger nicht bereit sind zu zahlen.

Herr Krause schlägt daher vor, die Variante der östlichen Radwegeführung nicht weiter zu verfolgen und sich stattdessen auf eine Variante des Radwegs westlich des Kuhforter Damms auf einem städtischen Grundstück zu konzentrieren.

Herr Berlin bittet darum, die Vorstellung auf September zu vertagen, da dieser Radweg seiner Meinung nach nicht prioritär zu behandeln ist. Auch Herr Jäkel spricht sich für eine Behandlung im September aus und empfiehlt eine Variante zu suchen, die ohne unverhältnismäßige Belastung von Anliegern auskommt.

Herr Goetzmann schlägt vor eine Prioritätenentscheidung dann durchzuführen, wenn die Ergebnisse des Radverkehrskonzeptes vorliegen.

Nach weiterer kurzer Diskussion, wird der Kompromiss gefasst den Beschluss zu ändern.

Die Vorlage wird in geänderte Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung :

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

Varianten für eine Radwege-Anbindung der Henning-von-Tresckow-Kaserne an die bestehenden Radwege zu erarbeiten. Die Variantenuntersuchung ist dem Ausschuss **für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr im dritten Quartal 2015** vorzustellen. **Eine Entscheidung ist in Abstimmung mit dem derzeit noch in Überarbeitung befindlichen Radverkehrskonzeptes zu treffen.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

#### **Protokollkorrektur in der Sitzung am 28.04.2015**

Zur Niederschrift der Sitzung vom 14.04.2015 liegt dem Ausschussvorsitzenden in schriftlicher Form die Bitte um Protokollkorrektur von Herrn Krause zum Antrag 15/SVV/0229 Radwegverbindung Kuhforter und Werderscher Damm vor, in welchem aufmerksam gemacht wird, dass der Punkt 1 des Antrages nicht mehr im Protokoll enthalten ist.

Der Ausschussvorsitzende bringt die Diskussion zu diesem Punkt in Erinnerung und schlägt, nach kurzer Verständigung mit einem Mitglied der antragstellenden SPD-Fraktion, folgenden Vorschlag zur Präzisierung des Beschlusstextes vor:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Kurzfristig für den Teilabschnitt des Kuhforter Damm zwischen Lindenallee und Am Urnenfeld eine realisierungsfähige Ausbauvariante

- für einen straßenbegleitenden Radweg zu erarbeiten. Und für eine schnellstmögliche Umsetzung Sorge zu tragen.. Fördermöglichkeiten sind zu prüfen. Die Ortsbeiräte Eiche und Golm sind **in** die Planungen einzubeziehen. Die **Eine** Ausbauvariante und das Umsetzungsszenario sind **ist** dem Ausschuss SBV in der Juli-Sitzung 2015 vorzustellen.
2. Varianten für eine Radwege-Anbindung der Henning-von-Tresckow-Kaserne an die bestehenden Radwege zu erarbeiten. Die Variantenuntersuchung ist dem Ausschuss **für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr im dritten Quartal 2015** vorzustellen. **Eine Entscheidung ist in Abstimmung mit dem derzeit noch in Überarbeitung befindlichen Radverkehrskonzeptes zu treffen.“**

Der SBV-Ausschuss **stimmt mit 5/0/0 einstimmig für diese präzisierte Fassung.**

#### **zu 4.9 Verstärkungskonzept RE Anbindung**

**Vorlage: 15/SVV/0079**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
(Mitteilungsvorlage)

Herr Jäkel berichtet eingangs von einem kürzlich durch ihn wahrgenommenen Gespräch mit dem zuständigen Abteilungsleiter im MIL, bei dem seine Vorschläge besprochen wurden, die Angebote der Regionalbahn in Potsdam zu verbessern. Im Einzelnen schlug er vor, die systemfremd fehlenden Halte der RE1 um 16.11 Uhr und 17.11 Uhr in Charlottenhof und Sanssouci zu ergänzen, alle RE1 halbstündlich in Charlottenhof und Sanssouci halten zu lassen und bei allen RE1 Zügen die Anzahl der Waggons von fünf auf sechs zu erhöhen. Ferner ist aus seiner Sicht und aus Sicht der Landeshauptstadt auch Golm in Richtung Spandau wieder besser anzubinden. Weiterhin bat er um Prüfung eines Viertelstundentaktes an den genannten innerstädtischen Potsdamer Bahnhöfen im Berufsverkehr. Eine Prüfung der Maßnahmen erfolgt nach entsprechender Zusage des MIL zur Zeit.

Eine Beantwortung der besprochenen Belange wird in ein bis zwei Monaten erwartet und nicht wie in der Mitteilungsvorlage dargestellt im April.

#### **zu 4.10 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Prioritätenfestlegung 2015-2016**

**Vorlage: 15/SVV/0110**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Rücküberweisung der Vorlage ist zurückzuführen darauf, dass aufgrund eines Missverständnis in der Stadtverordnetenversammlung dem Wunsch des Ortsbeirates Golm gefolgt wurde, den Bebauungsplan 147 in die Priorität 1 einzuordnen, ohne dass jedoch im Gegenzug ein anderes Planverfahren aus dieser Priorität zurückgestuft worden wäre.

Zur Bereinigung dieses Problems empfiehlt der Ausschuss nach kurzer Verständigung, dem Wunsch des Ortsbeirates Golm in der Weise zu folgen, wie es dem Beschluss des Ortsbeirates Eiche entspricht.

Das Votum wird folgendermaßen präzisiert:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Prioritäten im Bereich Verbindliche Bauleitplanung für die Jahre 2015 bis 2016 gemäß der in Anlage 2 dargestellten Kurzübersicht auf Grundlage der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom [07.03.2001](#) zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung (DS 01/SVV/059/2) getroffenen Festlegungen und dazu nachfolgender Beschlüsse.

**Der Bebauungsplan Nr. 147, der derzeit in der Priorität 2 I eingeordnet ist, wird als baldiger Nachrücker in Priorität 1 empfohlen, weil er im inhaltlichen Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 129 steht.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 5        Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1      Vorbereitende Untersuchungen gem. § 141 BauGB für das Gebiet  
"An der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Str. und Horstweg"  
- Zwischenbericht zum erreichten Stand der Untersuchungen  
FB Stadtplanung und Stadterneuerung**

Es wird über den Stand der Vorbereitenden Untersuchungen für das o.g. Gebiet informiert.

Herr Dr. Baatz (Stadtkontor) stellt die erarbeiteten Zwischenergebnisse in einem kurzen Vortrag vor; die gezeigten Übersichtspläne werden dem Protokoll beigelegt.

Herr Goetzmann fasst die Problematik dahingehend zusammen, dass es im Untersuchungsbereich diverse Defizite gibt, die jedoch nicht innerhalb des untersuchten Gebietes behoben werden können. Es gibt darüber hinaus einen schwer steuerbaren Entwicklungsdruck in dem kleingärtnerisch genutzten Bereich außerhalb des Untersuchungsgebietes.

Herr Kirsch fragt, ob ein Bebauungsplanverfahren diesbezüglich Abhilfe schaffen könnte. Er erkundigt sich, ob die Kleingartenanlagen allein durch das Kleingartengesetz gesichert sind. Herr Goetzmann verneint das.

Herrn Berlin erschließt sich der Handlungsdruck nicht.

Herr Heuer erkundigt sich nach den zur Verfügung stehenden fachlichen Instrumenten.

Herr Jäkel und Herr Schütt sind einig darüber, dass die Aufstellung eines Bebauungsplans nötig werden könnte. Dem schließt sich Herr Kirsch an, wenn nicht die Erweiterung der Voruntersuchung ausreicht die Kleingartenanlagen zu schützen.

Herr Goetzmann spricht sich für eine umfassende Prüfung im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen aus, weil nur so zu klären ist, mit welchen Mitteln die Konflikte zu lösen sind.

Ferner ergänzt Herr Goetzmann, dass es mit dem Beschluss zu Vorbereitenden Untersuchungen gesetzliche Möglichkeiten zur Zurückstellung von Bauvoranfragen gibt.

Die Mitteilung ist zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

**zu 5.2 Information der Verwaltung über das vorgesehene städtebauliche Gutachterverfahren zum Bebauungsplan Nr. 143 "Westliche Insel Neu Fahrland".**

FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann informiert über das o.g. Gutachterverfahren, das auf einer dringenden Empfehlung aus dem Gestaltungsrat fußt. Nach umfangreichen Abstimmungen mit der Eigentümerin, soll das Verfahren im Mai/Juni diesen Jahres durchgeführt werden. Nach Abschluss des Verfahrens wird der Ausschuss über die Ergebnisse informiert; es sind Schlussfolgerungen für den Bebauungsplan zu ziehen.

Eine Zusammenfassung der Information ist dem Protokoll beigefügt.

Auf Nachfrage von Herrn Jäkel, ergänzt Herr Goetzmann, dass auch Überlegungen zum Uferwegekonzept in die Planungen des weiteren Planungsgebietes mit einbezogen werden.

Die Mitteilung ist zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3 BE zum Wiederaufstellen der Ringerkolonnade**

FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Zurück gestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 6 Sonstiges**

Keine Nachfragen.

Ralf Jäkel  
Ausschussvorsitzender

Kathleen Evler  
Niederschrift